

## Mit 67 Jahren, da fängt die Armut an

VON HEIKE JAHBERG

**?** Sozialverbände und Gewerkschaften fürchten eine neue Altersarmut in Deutschland. Welche Maßnahmen müssten ergriffen werden, um das zu verhindern?

Noch ist die Armut jung. Von Armut bedroht sind vor allem Familien mit Kindern und Niedriglohnjobs. Glaubt man den Sozialverbänden und Gewerkschaften, wird die Armut in Zukunft jedoch ein anderes, ein altes Gesicht haben. Gut jeder dritte Arbeitnehmer, der nach dem Jahr 2030 in Rente geht, steuert auf ein Dasein zu, in dem er mit seiner Rente nicht über die Runden kommen wird, warnt der Präsident des Sozialverbands Deutschland, Adolf Bauer.

Betroffen sind vor allem Geringverdiener, Langzeitarbeitslose und Minijobber, die wenig in die Rentenversicherung einzahlen. Auch die immer größer werdende Zahl der Menschen, die zwischen angestelltem Job und Selbstständigkeit hin und her wechseln, läuft Gefahr, im Alter auf die Grundsicherung – eine Art Sozialhilfe – angewiesen zu sein.

Aber auch Durchschnittsverdiener bleiben nicht verschont, kritisiert Bauer. Ein Durchschnittsverdiener, der 2030 in Rente geht, kommt nach 37 Beitragsjahren gerade einmal auf 650 Euro Rente. Das ist zu wenig, meint der Sozialverband. Er fordert eine Anhebung des Rentenniveaus, eine Mindestsicherung für langjährig Versicherte und eine bessere Berücksichtigung der Zeiten von Kindererziehung, Pflege und Arbeitslosigkeit. Außerdem sollen auch Beamte und Selbstständige in die Rentenversicherung einzahlen.

Dass das Rentenniveau sinkt, hat die Politik jedoch sehenden Auges in Kauf genommen. Um die Rentenbeiträge und damit die Kosten der Arbeit niedrig zu halten, ist das Niveau bewusst abgesenkt worden. Verschärft wird das durch die kürzlich beschlossene Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Ab dem Jahr 2012 sollen die Bürger schrittweise länger arbeiten, letztlich bis zum 67. Lebensjahr.

Wer vorher ausscheidet, muss Abschlüge hinnehmen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) ist darüber besorgt. „Wir wollen vermeiden, dass viele Rentnerinnen und Rentner zukünftig in ein Bedürftigkeitssystem à la Hartz IV abrutschen, und brauchen dafür eine bessere Absicherung neuer Unsicherheiten, Mindestlöhne und eine Abkehr von der Rente mit 67“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach dem Tagesspiegel. Die gesetzliche Rentenversicherung müsse auch für die Zukunft armutsfest gemacht werden, „weil uns zusätzlich zu den erheblichen Renteneinschnitten vor allem die Prekarisierung des Arbeitsmarktes vor völlig neue Herausforderungen stellt“, fordert die Gewerkschafterin.

Die Rentenversicherer warnen vor einer Dramatisierung. Auch in Zukunft werde die gesetzliche Rente im Normalfall „einen ausreichenden Lebensunterhalt nach einem langen Arbeitsleben sichern“, sagt der Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund, Herbert Rische. Eine Lebensstandardsicherung allein durch die gesetzliche Rente werde es aber nicht mehr geben. „Zusätzliche Altersvorsorge ist daher erforderlich“, betont Rische.

Mehr private Vorsorge will auch Bundessozialminister Franz Müntefering. Um die Menschen zu motivieren, fördert der Staat Riester- und Betriebsrenten. Das Problem: „Viele Menschen haben nicht genug Geld, um sich die private Vorsorge leisten zu können“, kritisiert Bernd Niederland von der Volkssolidarität. Während Gutverdiener gern riestern, um Steuern zu sparen, halten sich Menschen mit geringem Einkommen zurück. Sollte sich das nicht ändern, dürfte das Thema „Zwangs-Riester“ eine Renaissance erleben.